

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 10. Juli 2017 – 7/2017

Der America First Energy Plan: Ein Blick auf die neue Energiepolitik Donald Trumps

Sonja Thielges /// US-Präsident Donald Trump möchte mit seinem „America First Energy Plan“ die Wirtschaft ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen und unabhängig von Energieimporten werden. Durch einen neuen Fokus auf die Förderung fossiler Energieträger vollzieht Trump eine Abkehr von der Klima- und Energiepolitik der Obama-Administration. Die Wende hin zu einer nachhaltigeren Energieversorgung kann der Präsident so nicht aufhalten. Doch seine Energieagenda stellt durchaus ein Risiko für Klimaschutz und Wirtschaft dar. Sie hat Auswirkungen auf Forschung, Entwicklung und Investitionen im Bereich erneuerbare Energietechnologien und bedeutet eine Distanzierung von der internationalen Gemeinschaft im Klimaschutz. US-Staaten wie Kalifornien verbleiben als Hoffnungsträger für die amerikanische Energiewende. Doch ihre Ambitionen werden sich noch immens steigern müssen, um internationale Klimaschutzziele zu verwirklichen. ///

Der America First Energy Plan: Ein Blick auf die neue Energiepolitik Donald Trumps

Sonja Thielges

US-Präsident Donald Trump möchte mit seinem neuen „America First Energy Plan“ die Wirtschaft ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen und unabhängig von Energieimporten werden. Mittel der Wahl ist dabei die Förderung fossiler Energieträger. Der Plan bedeutet nicht nur die Abkehr von der Politik der Obama-Administration. Trump distanziert sich auch von der internationalen Gemeinschaft und koppelt die USA von internationalen Investitionstrends ab. Denn Investitionen in erneuerbare Energien übersteigen bereits heute die in fossile Energieträger.¹

Energie- und Klimapolitik der Obama-Administration

Clean Energy – für Klima, Wirtschaft und eine nachhaltigere Energieversorgung

Barack Obama verfolgte während seiner Amtszeit eine „All-of-the-Above Energy Strategy“, d. h. eine energiepolitische „Von-allem-etwas Strategie“, die grundsätzlich vorsah, alle heimischen Energiequellen möglichst sauber zu nutzen, also auch z. B. Kohle, Erdöl und Atomkraft, obgleich sie allerdings nicht im Fokus standen.

Hauptinstrument seines Klimaaktionsplans war die Förderung von „Clean Energy“ (Saubere Energien), vor allem erneuerbaren Energien, dem verhältnismäßig CO₂-armen Erdgas und Energieeffizienz.

Barack Obama betonte stets die wichtige Rolle von Clean Energy für die US-Wirtschaft. In den entsprechenden Sektoren entstanden während seiner Amtszeit tatsächlich tausende neue Arbeitsplätze. Aktuell sind laut Zahlen der IRENA (International Renewable Energy Agency) 777.000 Menschen im Bereich erneuerbare Energien beschäftigt sowie 2,2 Millionen im Bereich Energieeffizienz. Diese Zahlen beeindrucken umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass 2016 lediglich noch 55.000 Menschen im Kohlebergbau beschäftigt waren.²

Durchsetzung exekutiver Maßnahmen

Die Obama-Administration stützte sich hauptsächlich auf exekutive Maßnahmen, um ihre klimapolitischen Ambitionen umzusetzen, die Emissionen der USA bis 2020 um 17 % und bis 2025 um 26-28 % unter das Niveau 2005 zu senken. Dies war nötig, da der US-Kongress jegliche

neue Klimaschutzgesetzgebung blockierte. Behörden wie die US-Umweltschutzbehörde (EPA) erließen Regulierungen für den Verkehrs- und Stromsektor sowie für die Öl- und Gasförderung. Auf diese Weise konnte die Obama-Administration Effizienzstandards für Automobile erfolgreich verschärfen, mit dem Clean Power Plan CO₂-Obergrenzen für Kohle- und Gaskraftwerke durchsetzen und Methangasemissionen im Öl- und Gassektor begrenzen. Zudem arbeitete sie im Klimaschutz eng mit den US-Staaten zusammen. Höhepunkt der Klima-Agenda Obamas war schließlich der erfolgreiche Abschluss des Pariser Klimaabkommens. Die Obama-Administration hatte sich im Vorfeld maßgeblich für die Verabschiedung eingesetzt und ratifizierte das Abkommen 2016 ohne Beteiligung des US-Kongresses.

Energie- und Klimapolitik unter Donald Trump

Förderung fossiler Energieträger

Da Donald Trump anders als Barack Obama Klimaschutz bzw. Clean Energy und Wirtschaftswachstum als Gegensätze betrachtet, fokussiert er seine Politik nun auf die Förderung von fossilen Energieträgern. Dafür hat er verschiedene Herangehensweisen gewählt, nämlich die Rücknahme von Maßnahmen aus Obamas Klimaaktionsplan, Steuerung durch den US-Haushalt sowie strategische Personalentscheidungen.

Trump hat sich bereits früh in seiner Amtszeit für Pipeline-Projekte stark gemacht. Dem von Obama (aus Umwelt- und Klimaschutzgründen) abgelehnten Bau der Keystone XL Pipeline erteilte er ebenso eine Genehmigung wie der Fertigstellung der höchst umstrittenen Dakota Access Pipeline, die durch indigenes Stammesland führt. Nach Verboten durch die Obama-Administration möchte Trump nun wieder Öl- und Gasförderung in Schutzgebieten sowie Offshore-Bohrungen in der Arktis ermöglichen. Die Methangasregulierung für den Öl- und Gassektor wollte er zurückziehen, wurde hier jedoch vorerst von einem Bundesgericht gebremst. Darüber hinaus möchte Trump die Effizienzstandards für Automobile überprüfen lassen, die er für zu streng hält. Trump macht sich besonders für die Kohleindustrie stark. Um sie fördern, wurde auch der Clean Power Plan zur Überarbeitung zurückgezogen – er hätte die Emissionen von Kohlekraftwerken stark beschränkt. Per Dekret hat der Präsident zudem verfügt, dass es wieder Neugenehmigungen für die Förderung von Kohle auf öffentlichem Land geben kann.

Reduzierung des Umwelt- und Klima-Budgets

Das zweite Steuerungsinstrument, welches die Trump-Administration nutzt, um Regulierung zu reduzieren, die ihrer Ansicht nach der fossilen Industrie schadet, ist der US-Haushalt. In seinem Haushaltsentwurf vom Frühjahr 2017 versuchte Donald Trump, beispielsweise das Budget der EPA drastisch, um etwa ein Drittel, zu kürzen. Auch plante er, Energieeffizienzmaßnahmen des Energieministeriums wie das etablierte Energy Star Programm zu eliminieren. Mit diesen Vor-

haben scheiterte er zwar am US-Kongress, der den Haushalt verabschieden muss. Doch Trump versucht es damit in seinem Haushaltsentwurf für das kommende Haushaltsjahr 2018 erneut. Gelder kürzen möchte Trump auch im Bereich Forschung für Energietechnologien. Er schlägt Milliardenkürzungen für Forschungsprogramme des Energieministeriums vor. Diese Gelder, die letztlich an unterschiedliche Universitäten und Forschungsinstitutionen fließen, haben sich als wichtiger Treiber von Innovationen im Energiesektor für saubere Energietechnologien – ein Bereich, in dem die USA bisher führend waren – erwiesen. Für den neuen Haushalt hat Trump dieses Mal mehr Zeit, Kritiker im Kongress von seinen Vorhaben zu überzeugen. Die Folgen könnten für Forschung und Entwicklung schwerwiegend sein.

Personalentscheidungen für Klimaskeptiker

Trump hat drittens strategische Personalentscheidungen getroffen, die eine Abkehr von Clean Energy signalisieren. Sein Team im Klima- und Energiebereich besteht aus Klimaskeptikern und Ex-Industriellen mit engen Verbindungen zur Öl- und Gasindustrie. Scott Pruitt als EPA-Chef ist Kabinettsmitglied und Klimaskeptiker. Er war ein starker Verfechter des Austritts aus dem Pariser Klimaabkommen. Mit dieser umstrittenen Position setzte Pruitt sich letztlich unter Donald Trumps Beraterstab durch: Im Juni 2017 verkündete Trump den Austritt der USA vom historischen Klimaabkommen. Pruitt hatte das Abkommen zuvor als unvorteilhaft für die US-Wirtschaft bewertet, u. a. da es seiner Ansicht nach die US-Wirtschaft unverhältnismäßig belaste. Mit Rex Tillerson führt ein ehemaliger Generaldirektor des Ölkonzerns ExxonMobil das strategisch wichtige Außenministerium. Zuständig für erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Energieministerium ist Daniel Simmons, ein Wissenschaftler, der für seine offene Kritik an der Förderung von erneuerbaren Energien und der Beschränkung von Treibhausgasemissionen bekannt wurde.

Zwischenbewertung

Die Grenzen der Energiepolitik Trumps

Wie ist diese Politik der Trump-Administration nun also zu bewerten? Was bedeutet sie für Klimaschutz und die Entwicklung eines nachhaltigen Energiesystems in den USA?

Da Energiepolitik hauptsächlich Domäne der US-Staaten ist, ist der Einfluss der US-Exekutiven in der Energiepolitik begrenzt. Das Energiesystem hängt zudem in starkem Maße von Marktentwicklungen ab. Dies zeigt die US-Schiefergasrevolution, die durch technologischen Fortschritt Gas innerhalb des letzten Jahrzehnts zum wichtigsten Energielieferanten in den USA gemacht hat.

Trump kann zwar an verschiedenen politischen Stellschrauben drehen, doch die Energiepolitik komplett auf den Kopf stellen, das kann er nicht. Er schafft aktuell mit seinen Maßnahmen

verbesserte politische Rahmenbedingungen für fossile Energieträger. Doch es ist äußerst fraglich, ob er mit dieser Politik Erfolg haben wird. Denn die Kohleindustrie leidet unter der Konkurrenz von billigem Schiefergas und schrumpft seit Jahren. Nicht die Regulierung hat zum Einbruch der Branche geführt. Angesichts der niedrigen Ölpreise erscheinen beispielsweise auch Investitionen in teure Offshore-Ölexploration als unwahrscheinlich.

US-Staaten und Städte als Klimavorreiter

Trump nimmt den politischen Fokus momentan weg von der Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Und genau hier ruht die Hoffnung nun auf den US-Staaten sowie Städten, die diese Entwicklung ausgleichen könnten. Mit ihren breiten energiepolitischen Kompetenzen haben sie bereits eigene Emissionshandelssysteme entwickelt, Klimaziele gesetzt und erneuerbare Energien gefördert. Es gibt verschiedene regionale Zugpferde mit besonders ambitionierter Klimapolitik.

- Kalifornien: Der Westküstenstaat hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 einen Anteil von 50 % erneuerbarer Energie in der Stromversorgung zu erreichen. Aktuell wird ein Gesetzesentwurf diskutiert, der gar die Steigerung auf 100 % bis 2045 vorsieht. Den Senat hat der Entwurf bereits passiert und könnte nun auch vom Repräsentantenhaus Kaliforniens verabschiedet werden. Seit 2013 verfügt der Staat über ein umfassendes Emissionshandelssystem. Zudem hat er jüngst eine Vereinbarung mit China unterzeichnet und sich darin zur Kooperation im Bereich Emissionsminderung und saubere Energietechnologien verpflichtet.
- New York: Auch der bevölkerungsreiche Ostküstenstaat ist Vorreiter im Klimaschutz. Bis 2030 sollen auch hier Erneuerbare einen Anteil von 50 % an der Stromversorgung haben. Zudem legt der Staat einen Fokus auf Energieeffizienz, hat strenge Effizienzstandards für Gebäude, fördert Kraft-Wärme-Kopplung sowie öffentlichen Nahverkehr. Mit Washington und Kalifornien hat sich New York als Reaktion auf Trumps Rückzug aus dem Pariser Klimaabkommen zur „United States Climate Alliance“ zusammengeschlossen. Die Allianz bekennt sich sowohl zur Einhaltung des 2-Grad-Ziels sowie den ursprünglichen Zielvorgaben des Clean Power Plans.
- Minnesota: Der Staat im Mittleren Westen geht beispielhaft mit dem Klimaschutz voran. Ein gesetzlich verankertes Klimaziel verpflichtet Minnesota, bis 2025 die CO₂-Emissionen 30 % unter das Niveau von 2005 zu senken. Die großen Energieversorger des Staates sind verpflichtet, den Anteil von Erneuerbaren bis 2025 auf mindestens 25 % zu erhöhen.
- Städtenetzwerke: Neben den Staaten sind viele große Städte in den USA klimapolitisch aktiv, darunter Chicago, Los Angeles oder New York City. Sie haben sich internationalen Klimaallianzen wie „C40“ angeschlossen und sich zur Minderung von Emissionen und dem vermehrten Einsatz von Erneuerbaren verpflichtet. Die C40-Städte der USA haben sich zum Ziel gesetzt, die Verpflichtungen der USA im Pariser Abkommen auch ohne die Unterstützung der Trump-Adminis-

tration zu erreichen – aus Gründen des Klimaschutzes und um ihre Städte wettbewerbsfähiger, gesünder und sauberer zu machen.

In diesen und vielen anderen Staaten und Städten mit aktiver Klimapolitik hat der Rückzug der Trump-Administration aus der nationalen und internationalen Klimapolitik zu einer Bekräftigung der klimapolitischen Agenda geführt. Hinzu kommen Staaten wie Texas oder Iowa, die sich zwar nicht unbedingt durch hohe Klimaschutzambitionen auszeichnen. Doch hier treiben günstige Marktbedingungen den Einsatz von Windkraft an. In Iowa wird bereits heute mehr als 30 % des Stroms durch Windkraft produziert.

Rückzug vom Clean Power Plan als Vorteil für die Klimanachzügler-Staaten

Nichtsdestotrotz darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es in vielen Staaten nach wie vor keine klimapolitische Aktivität gibt und Marktbedingungen noch zu keinem signifikanten Ausbau von Erneuerbaren geführt haben. Unter den Nachzüglern befinden sich Südstaaten wie Alabama oder Kentucky sowie viele Staaten im Zentrum der USA wie North und South Dakota und Indiana. Das Fehlen einer koordinierten Klimapolitik wie dem Clean Power Plan ist vor allem in diesen Nachzügler-Staaten ein Problem. Denn zwischen aktiven und passiven Staaten wird es in den nächsten Jahren nun keine Annäherung im Klimaschutz geben, die Schere wird sich hier vielmehr vergrößern. Dies bedeutet Unsicherheit für Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energietechnologien, denn nicht nur die politischen Rahmenbedingungen sind unklar, sondern auch die Zukunft von Erneuerbaren in vielen Staaten, sollte sich der Fokus jetzt wieder auf die Förderung von fossilen Energieträgern konzentrieren.

Fazit: Trumps Energieagenda birgt Risiken für Klimaschutz und Wirtschaft

Trotz seiner begrenzten Macht in der Energiepolitik mischt sich Donald Trump also in die Energiesysteme auf der subnationalen Ebene ein, kann Investitionen in saubere Energietechnologien behindern und so gleichsam auch die Modernisierung der maroden Energieinfrastruktur sowie letztlich auch eine US-Version der Energiewende verzögern. Im Fazit wendet sich Donald Trump also in der Tat klar von der Energiepolitik seines Vorgängers ab. Klimapolitik existiert nur noch auf der subnationalen Ebene.

Die Aktivitäten von US-Staaten und Städten allein werden bei Weitem nicht ausreichen, um das 2-Grad-Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen. Hier wäre noch eine deutliche Steigerung der Ambitionen von subnationalen Akteuren nötig. Die USA werden durch diese Entwicklungen ihr Klimaziel, das einst für das Pariser Klimaabkommen formuliert wurde, verfehlen. Durch die Entscheidung, aus dem Abkommen auszutreten, dem viele Jahre komplizierte Klimadiplomatie vorangingen, haben die USA internationale Partner wie die EU, China und Indien verärgert. Diese Länder haben sich nun erneut zum Klimaschutz bekannt – auch ohne die USA, die, beispielsweise auch im Kontext der G20, nur noch als Blockierer auftreten.

Insgesamt kann die Trump-Administration die Wende hin zu einer nachhaltigeren Energieversorgung in den USA zwar nicht aufhalten. Doch es ist es ihr durchaus möglich, der Wirtschaft gehörigen Schaden anzurichten, sollte sie sich, entgegen internationaler Trends, von Investitionen im erneuerbaren Sektor, der Innovationen und Arbeitsplätze hervorbringt, zurückziehen.

Anmerkungen

¹ Siehe http://www.ren21.net/wp-content/uploads/2017/06/Press-Release_ENGLISH.pdf

² Siehe https://www.irena.org/DocumentDownloads/Publications/IRENA_RE_Jobs_Annual_Review_2017.pdf

Autorin

Sonja Thielges, M.A.

ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Wege zu einer nachhaltigen Energieversorgung, IASS Potsdam – Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung.

Hanns-Seidel-Stiftung

Ansprechpartnerin:

Silke Franke, Dipl.-Geogr.

Referentin für Umwelt und Energie, Städte und Ländlicher Raum in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, E-Mail: franke@hss.de, Tel.: 089/1258-226